

**DEUTSCHLAND****BONN****KUBA-KRISE****Kurz vor Ultimo**

Die Angst in Deutschland wuchs in Bonn am schnellsten. Wenige Stunden nach Ankündigung der US-Blockade gegen Kuba waren am Dienstag vergangener Woche fast sämtliche Lebensmittelgeschäfte im Bonner Prominenten-Viertel auf dem Venusberg ausverkauft.

Später wurde auch im übrigen Deutschland wieder gehamstert, besonders Zucker, Mehl und Öl. Gekauft wurde vor allem in Selbstbedienungsläden und Supermarkets von anonymen Kunden. Die Menschen fürchteten einen neuen Russensturm und scheuten sich doch, bei ihrem Krämer als Hamster erkannt zu werden.

Die Lebensmittelvorratskäufe erreichten nicht das Ausmaß von Suezkrise und Koreakrieg. Es fehlte der armen Bevölkerung an Geld. Denn der Krieg drohte kurz vor Ultimo.

Auch bessergestellte Bundesbürger standen wieder Schlange, aber nicht nach Nahrung, sondern nach Gold.

In Hamburg setzte die Deutsche Gold- und Silberscheideanstalt ihren gesamten Lagerbestand von etwa 80 Kilogramm ab und hatte am Mittwochmittag Gold-Vorbestellungen für zwei Millionen Mark (normaler Tagesbedarf: 40 000 Mark) notiert.

Die Städtische Spar- und Girokasse Stuttgart, größte ihrer Art in der Bundesrepublik, setzte am gleichen Tag das Fünffache an Barrengold um wie eine Woche zuvor, am Donnerstag war sie ausverkauft.

In Buderich bei Düsseldorf ließ sich ein Geschäftsmann von seiner Bank Gold im Wert von einer Viertelmillion Mark ins Haus schicken.

20-Mark-Goldstücke, die am Montag noch mit 72,50 Mark gehandelt wurden, gingen am Mittwoch für 78 Mark weg.

Deutsches Fluchtgeld ergoß sich in breitem Strom nach der Schweiz; die bundesrepublikanischen Börsenkurse erreichten einen neuen Tiefstand: Der FAZ-Index (1958 = 100) fiel Anfang der Woche in zwei Tagen von 193,38 Punkten auf 133,46 Punkte.

Voraus marschierten die angesehensten Papiere der Chemie- und Elektro-Industrie ins Kuba-Tal. Wie auch die wankelmütige VW-Volksaktie, verloren sie rund 20 Punkte.

Erst als die sowjetischen Raketenfrachter im Atlantik ihren Kurs änderten, drehte auch die Börse bei.



„Rate mal, wer“

New York Herald Tribune

48 Stunden lang waren Herzen und Hirne der Deutschen von Furcht erfüllt. „Gibt es Krieg?“ fragte die Münchner „Abendzeitung“. „Krieg ist seit Montag möglich“, antwortete Hamburgs „Zeit“. Aus der Menschen-Traube, die den ersten Krisen-Aushang der „Süddeutschen Zeitung“ in Münchens Sendlinger Straße studierte, klangen bayrische Seufzer auf: „Jetzt wird's brenzlig.“ — „Da Ruß schlägt in Berlin zruck.“ — „Jetzt kenne moa hoamgeh und schnell a Atomloch schaufl.“

Wo immer in der Öffentlichkeit Nachrichten übers Fernsehen oder durch das Radio übertragen wurden, bildeten sich Menschengruppen, wie einst im

Krieg, wenn die Sondermeldungsfanfaren ertönten.

Die Bundespost teilte in Großstädten ihrem telephonischen Nachrichtendienst zusätzliche Rufnummern zu, weil die Leitungen von Anrufern bis zu drei Stunden lang blockiert waren.

Schüler und Studenten aus der Bundesrepublik, die in Berlin studieren, wurden von ihren Eltern nach Westdeutschland zurückgerufen.

Drogerien aus Hannover meldeten erhöhten Absatz von Verbandkästen und Brandsalbe. In den Apotheken an der Leine wurden größere Mengen Kalktabletten verlangt; die Kunden

hatten gehört, daß Kalk gut gegen Strontium sei. In Hamburgs Reeperbahn-Viertel St. Pauli stiegen Preise und Nachfrage für Revolver und Pistolen.

Von allen westdeutschen Großstädten war in Stuttgart von der Kriegssorge am wenigsten zu spüren: Das Fußball-Länderspiel Deutschland-Frankreich (75 000 Zuschauer; 2:2) überschattete die Kuba-Angst.

In Bielefeld und Hamburg ließ hingegen Sirenengeheul die strapazierten Nerven der Bevölkerung erzittern und verursachte Menschenaufläufe.

Auf Anordnung der Luftwarnämter Rodenberg am Deister und Kiel — die beide dem Bundeswarnamt in Bad

Von Höcherls Wachsamkeit abgesehen, stand die Bundesregierung der gefährlichsten Krise seit Kriegsende tonlos gegenüber. Bundespresseschef von Hase vor der Presse: „Das Vorgehen der Sowjet-Union in Kuba“ hat die politischen Vorgänge in Bonn „etwas bestimmt“.

Kanzler Konrad Adenauer, der Anfang der Woche wie alle anderen Nato-Regierungschefs Kopien der kompromittierenden US-Photos von den sowjetischen Raketenbasen auf Kuba erhalten hatte, war von der Schärfe der Aufnahmen und ihrer Bedeutung für seine Hausmacht angetan: „Dat is ganz jeheim, meine Herren, dat hat nicht mal der Herr Schröder jesehen.“



Mauer-Besichtigung Gromyko vor dem Brandenburger Tor; Pistolen-Preise gestiegen

Godesberg unterstehen — waren Überprüfungen der Steuer- und Warnleitungen befohlen\*. Technische Störungen führten zum Geheul.

Als weitere vorbereitende Mini-Maßnahme zum Schutz der Zivilbevölkerung bat Bundesinnenminister Höcherl die Landesregierungen, zumindest einen Beamten des höheren Dienstes für den zivilen Bevölkerungsschutz in Dauerbereitschaft zu halten.

Die Reaktion in den Bundesländern war unterschiedlich. Hessen verfügte Urlaubssperre für Beamte der Abteilung 8 (ziviler Bevölkerungsschutz); in München wurde in zwei Sondersitzungen bei Stadtoberhaupt Vogel beschlossen, im Rathaus an einem noch geheimgehaltenen Ort ein Sofa aufzustellen, damit in jeder künftigen Weltkrise an der Isar immer ein Fachmann, und sei er im Pyjama, bereitliegt.

In Bonn, wo seit nun bald einem Jahrzehnt in fleißiger Heimarbeit am wärmenden Leibchen einer „Politik der Stärke“ herumgehäkelt wird, ribbelten die Maschen auf, als sei eine Katze mit dem Wollknäuel auf und davon gejagt.

\* Alle Sirenen im Bundesgebiet werden durchschnittlich einmal im Monat angelassen, um Ruß und Staub abzuwirbeln und sie betriebsfähig zu halten. Dabei sollen die Sirenen keinen Heulton abgeben.

Am Mittwoch, während Sowjet-Außenminister Gromyko die Mauer in Berlin besichtigte, konferierten Bonner Kabinettsmitglieder, der Verteidigungsrat in Anwesenheit von Bundeswehr-Generalinspekteur Foertsch und Vertreter aller drei Bundestagsfraktionen mit dem Kanzler im Palais Schaumburg.

Es wurde beschlossen, die Notstandsgesetze, an denen seit Jahren herumgedoktert wird und deren endgültige Verabschiedung erst in Monaten möglich ist, wenigstens im Kabinett beschleunigt zu beraten. Das aber — so schwächte Bundespresseschef von Hase gleich wieder ab — stehe „nicht mit der akuten Lage“ in Verbindung.

In der Metropole der Bonner Republik schrumpfte die Gefahr eines Weltbrandes zu einem Vorwand zusammen, unangenehme Sticheleien innerhalb der Koalition abzuwürgen.

Am Mittwochmorgen bürstete CSU-Innenminister Hermann Höcherl eine FDP-Anfrage nach Globkes Tätigkeit im Dritten Reich mit der Bemerkung vom Tisch, er finde es angesichts der gespannten Weltlage unpassend, solche Dinge zu behandeln.

Nicht unpassend fanden die Christdemokraten es, trotz gespannter Weltlage, ausgerechnet den Verteidigungsminister der Bundesrepublik von seiner

Tätigkeit abzuhalten, um ihn im Bundestag am Donnerstag in sechsstündiger Mehrheitswäsche von allen Fibag-Flecken zu befreien (siehe Auszug Seite 28). Die schwere Stunde gebe dem Parlament „nicht die Freiheit, sich vom Tagewerk loszusagen“.

Daß die SPD hingegen ihrerseits die nächste parlamentarische Strauß-Runde um „Onkel Aloys“ einläuten wollte, wurde von CDU-Fraktionschef Heinrich von Brentano wiederum als ungehörig angeprangert. Und FDP-Abgeordneter Wolfram Dörinkel sagte am Mittwochabend auf einem Empfang von Bundespräsident Lübke für Bundestagsmitglieder auf Schloß Brühl: „Man kann doch den Bundesverteidigungsminister nicht in diesem Augenblick anschießen, wo er Kanonen putzen muß.“

Dörinkel irrte. Der Verteidigungsminister hatte trotz Kuba-Krise nicht nur am nächsten Tage Zeit, bei seinem Fibag-Freispruch dabei zu sein, sondern auch die Muße, an diesem Debattenvorabend dem geselligen Treffen von Volksvertretern beim Bundespräsidenten auf Schloß Brühl beizuwohnen.

Bis in die frühen Morgenstunden sprach er den angebotenen Getränken zu und rempelte sozialdemokratische Parlamentarier an: „Ihr seid doch nur der verlängerte Arm des SPIEGEL“.

▷ Zu SPD-MdB Kahn-Ackermann, der im Rundfunk die Bundeswehr kritisiert hatte: „Wenn Sie Ihre Immunität nicht hätten, kämen Sie wegen Beleidigung der Bundeswehr für ein halbes Jahr ins Kittchen.“

▷ Über den sozialdemokratischen Fibag-Untersucher MdB Gerhard Jahn: So etwas wie ihn müßte man „eigentlich aufhängen“.

Bundestagspräsident Eugen Gerstenmaier stand auf und verließ den Ort der Handlung. SPD-MdB Kahn-Ackermann erklärte milde: „Strauß hat das alles sicher nur scherzhaft gemeint, denn er war wirklich sehr stark angeheitert.“

Es war die Nacht vom Mittwoch zum Donnerstag, in der sowjetische Frachter dem amerikanischen Blockadering mit Volldampf entgegenfuhren.

## BERLIN-ZUGANG

### Vier zu vier

Betroffen vernahmen die Nato-Generale im Military Committee zu Washington, dem Planungsstab der westlichen Verteidigungs-Allianz, die Lektion, die der deutsche Vier-Sterne-General Adolf Heusinger seinen amerikanischen Kollegen erteilte: „Euer Plan ist 99 Seiten lang, unserer eine halbe Seite. Wenn es Ernst wird, werft ihr 98 und eine halbe Seite weg.“

Der 99-Seiten-Plan, den der erfahrene Ostkrieger Heusinger so skeptisch abtat, enthält das amerikanische Rezept für die Abwehr möglicher sowjetischer Übergriffe gegen Westberlin und seine Verbindungslinien zur Bundesrepublik.

Diese sogenannte „Contingency Planning“ (Notfall-Planung) der Amerikaner ist inzwischen zu einem solchen Wust von widersprüchlichen Detailanweisungen für einen Berlin-Konflikt angewachsen, daß im Ernstfall zeitraubende Verwirrung droht.